

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1951

246 (20.10.1951)

ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

Badischer Landmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Südban

Anzeigenpreis: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Pf. — (Preisliste Nr. 1.) (Tel. aufgegeben. Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 23. auf den Monatsersten angenommen werden.

3./52. Jahrgang

Samstag, den 20. Oktober 1951

Nr. 246

Deutschlands Ziele: Einheit und Frieden

Das innerpolitische Programm der Regierung - Neues Bundestags-Wahlggesetz - CDU-Parteitag in Karlsruhe

Karlsruhe (UP). Bundeskanzler Dr. Adenauer bezeichnete in seiner Eröffnungsrede vor rund 500 Delegierten des Parteitages der CDU Deutschlands in Karlsruhe die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit und die Sicherung des Friedens als die beiden Hauptziele der deutschen Außenpolitik.

Er unterstrich jedoch gleichzeitig, daß die Einheit Deutschlands nur durch einen engen Zusammenschluß der Bundesrepublik mit der Völkern des Westens möglich sei. Die Sowjetunion wolle ganz Deutschland zu ihrem Satellitenstaat machen, was mit Deutschlands Untergang gleichbedeutend wäre. Der Kanzler wies darauf hin, daß die Einheit nicht durch die Deutschen selbst wiederhergestellt werden könne, sondern daß die Haltung der Besatzungsmächte entscheidend sein werde.

Den Verhandlungsverlauf zwischen der Bundesregierung und den Hochkommissaren über die Abfassung des Besatzungsstatuts bezeichnete er als günstig. „Wir sind noch nicht souverän“ — so sagte der Kanzler — „aber wir wollen bald souverän werden.“ Auch die Beratungen in Paris über die Europa-Armee machten gute Fortschritte. Die Westmächte seien mit der Eingliederung ganz Deutschlands in das westliche Vertragsystem durchaus einverstanden. Die Aktion Grotewohl, der freie und geheime Wahlen nie gewollt habe, könne ihn in dieser Entscheidung nur bestärken. Dr. Adenauer betonte in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit, einen Beitrag zur Stärkung der Friedensfront des Westens zu leisten. Diese Front müsse so stark sein, daß die Sowjets jeden Gedanken an weitere Eroberungen und Unterjochungen — sei es durch kalten oder heißen Krieg — aufgeben müßten. „Wir können den Weg fürchten, denn er führt nicht zum Krieg. Wir haben den Krieg, wir wollen Freiheit und Frieden.“

Bezüglich der innenpolitischen Lage verwies Dr. Adenauer auf das „zufriedenstellende Ergebnis“ der ersten zwei Jahre Regierungsarbeit, betonte jedoch, daß noch vieles zu tun bleibe. Die Bundesregierung werde hinsichtlich der Preisentwicklung für einige Lebensmittel und Gebrauchsgüter, die untragbar sei, vor entscheidenden Maßnahmen nicht zurückzucken. Er kündigte Beratungen der Bundesregierung mit der Kohlenbergbau-Leitung und der IG Bergbau an, um neue Maßnahmen zur Steigerung der Kohlenförderung ergreifen zu können. Ferner setzte er sich für eine möglichst schnelle Verabschiedung des Lastenausgleichsgesetzes sowie für den Bau von Eigenheimen und großen Wohnungen ein. Er hoffe, daß die Bundesregierung bald einen Gesetzentwurf über die Bildung von Wirtschaftskammern und für die Errichtung eines Bundeswirtschaftsrates vorlegen könne.

Die Entwicklung des Parteiwesens in Deutschland — so meinte der Kanzler — könne nicht ohne Bedenken verfolgt werden. Die Bundesregierung werde aber nicht zulassen, daß sich die Vorgänge von 1933 wiederholen. Auch den Versuch der Schaffung totalitärer Parteien werde sie unter keinen Umständen dulden. Schließlich sprach er die Hoffnung aus, daß die ehemaligen Soldaten ihre Organisation selbst in Ordnung bringen, und kündigte bei dieser Gelegenheit ein neues Bundestags-Wahlggesetz an, das die Bildung arbeitsfähiger Mehrheiten im Parlament ermöglichen solle.

Stürmischer Beifall für Dr. Adenauer

Karlsruhe (UP). Die Eröffnungsfeierlichkeiten zum Parteitag 1951 der CDU Deutschlands in der mit zahlreichen Bundes- und Länderflaggen sowie der Europafahne geschmückten Karlsruher Festhalle gestalteten sich zu einem stürmischen Empfang für Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer und die zahlreichen Gäste des In- und Auslandes, die neben den rund 1000 Delegierten der CDU erschienen waren. Außer Bundeswirtschaftsminister Dr. Ludwig Erhard, Bundesinnenminister Robert Lehr und Bundeslichtleitungsminister Karl Lukaschek hatten in den ersten Reihen die Staats- und Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz, Württemberg-Hohenzollern und Baden Platz genommen, ferner zahlreiche Vertreter christlicher Parteien aus Österreich, Belgien und Holland, unter ihnen der holländische Minister Dr. Sassen. Bei der Begrüßung der Beifall zum stürmischen Applaus, als der Präsident des Parteitages, CDU-Landesvorsitzender von Nordbaden, Dr. Franz Gurr, ihnen als christliche und deutsche Brüder den Willkommensgruß des Parteitages entbot.

Vor der Rede des Bundeskanzlers ging der Präsident des Bundestages, Oberkirchenrat Dr. Hermann Ehlers, auf die bisher geleistete Arbeit der CDU ein.

Dr. Gurr erklärte unter besonderem starkem Beifall, daß im Bund große und kleinere Länder gut nebeneinander leben könnten. Der Landesbezirkspräsident von Nordbaden, Dr. Unser, wies in seinen Begrüßungsworten auf die Notwendigkeit hin, die Stellung der Parteien im deutschen Leben zu stärken. Für die Stadt Karlsruhe hieß Bürgermeister

Heurich die Teilnehmer in Karlsruhe willkommen.

Die anschließende Rede des Bundeskanzlers wurde immer wieder vom stürmischen Beifall der Tagungsteilnehmer unterbrochen.

Erhards „Verbraucher-Wirtschaftspolitik“

Bundeswirtschaftsminister Erhard wandte sich auf einer Pressekonferenz anlässlich des CDU-Parteitages gegen die Kritik an der „sozialen Marktwirtschaft“ und erklärte, noch nie in der deutschen Wirtschaftsgeschichte sei mit wirtschaftspolitischen Mitteln „ein so bedeutender Erfolg“ erzielt worden wie in den vergangenen drei Jahren. Die Produktionsleistung der deutschen Volkswirtschaft sei ebenso wie der Index der Bruttoverdienste der gewerblichen Arbeiter erheblich gestiegen.

Erhard bezeichnete seine Wirtschaftspolitik als eine „Verbraucher-Wirtschaftspolitik“. Um die Ausbeutung der Verbraucher zu verhindern, müßten die Unternehmer in einem echten Leistungswettbewerb stehen, der sie zwingt, sich mit guter Ware zu billigstem Preis um die Gunst des Verbrauchers zu bemühen. Das dem Bundeskabinett zur Entscheidung vorgelegte Kartellgesetz werde die rechtlichen Grundlagen zur erfolgreichen Durchführung dieser Politik schaffen.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen unterstrich Erhard die günstige Entwicklung der deutschen Ausfuhr, die es gestatte, vom 1. Januar nächsten Jahres an den Außenhandel zu etwa 55 Prozent wieder zu liberalisieren. Dr. Erhard gab zu, daß die Leistungskraft der deutschen Wirtschaft gegenwärtig vor allem durch die Engpässe bei Kohle, Stahl und Eisen beeinträchtigt werde. Man werde jedoch in Zukunft versuchen, durch eine Herabsetzung der Exportverpflichtungen, durch größere Kohlenimporte und insbesondere durch eine Steigerung der Förderleistung einen besseren Ausgleich zwischen Angebot und Bedarf zu schaffen.

Der Mittelstand müsse gesichert werden, erklärte Erhard weiter. Dabei sei auch auf die Belange des privaten Hausbesitzes Rücksicht

zu nehmen. Eine sozial tragbare Neuordnung der Mieten gehöre zu den wichtigsten Aufgaben einer Partei, die einen sozialen Ausgleich erstrebe. Ein Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik werde andererseits eine zusätzliche Belastung der Volkswirtschaft darstellen. Der Verteidigungsbeitrag sei deshalb nur dann sozial tragbar, wenn er durch echte Mehrleistung erfüllt werden könne.

Entscheidung des Wirtschaftsausschusses

Der Wirtschaftspolitische Ausschuß der CDU nahm eine Entscheidung an, in der u. a. die Bildung eines Informationsministeriums bei der Bundesregierung und der baldige Abschluß der Neuordnung der Grundstoffindustrien verlangt wird. Ferner heißt es darin, das Ansehen des Staates sei in Gefahr, weil die politische Führung es nicht verstanden habe, ihre Erfolge und die unvermeidbaren Notwendigkeiten auf allen Gebieten der Bevölkerung deutlich zu machen. Die sozialdemokratische Opposition treibe ihre Gegnerschaft aus taktischen Gründen soweit, daß dabei die Grundlagen des Staates angegriffen und ausgehöhlt würden.

Zur Beseitigung der aufgetretenen Mängel fordert der Wirtschaftsausschuß der CDU u. a. alle wirtschaftlichen Kräfte zusammenzufassen, die erreichbaren Produktionserhöhungen noch zu verstärken, mehr Arbeitskräfte zu beschäftigen und den Konsum zu erhöhen. Maßnahmen zur Konsum-Drosselung wie Aufwandssteuer und schematisch durchgeführte Kreditrestriktionen werden abgelehnt. Den Altsparen soll eine Aufbesserung der Umstellung auf 20% gewährt werden. Die einseitige Belastung des Haus- und Grundbesitzes durch Aufrechterhaltung des bisherigen Mietpreisstops sei sozial ungerecht und wirtschaftlich schädlich. Durch Gemeinschaftsmaßnahmen der Wirtschaft auf freiwilliger Basis soll die Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ guten und billigen Konsumgütern verbessert werden. Der Bundeswirtschaftsminister hätte in diesem Zusammenhang bereits die Ausarbeitung von entsprechenden Plänen für ein neues „Jedermann-Programm“ angekündigt.

Industrie-Beschränkungen sollen fallen

Sobald der Schumanplan in Kraft getreten - Offizielle Mitteilung der Westmächte

Paris (UP). Die alliierten Mächte haben beschlossen, alle Beschränkungen der deutschen Stahl- und Kohlen-Industrie sowie die der Schwerindustrie auferlegten Produktionskontrollen bei Inkrafttreten des Schumanplanes aufzuheben.

Diese Mitteilung entstammt einem Kommuniqué, das gleichzeitig in Paris, London und Washington herausgegeben wurde. Wörtlich heißt es darin: „Die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA werden neue Ausführungsbestimmungen ihren Hochkommissaren (in der Bundesrepublik) übermitteln. Nach diesen Anweisungen werden mit der Ratifizierung und dem Inkrafttreten des Schumanplanes in der Stahlindustrie die Kapazität erhöht und die Produktionsbeschränkungen aufgehoben. Die bisher von der alliierten Hochkommission über die deutsche Kohle- und Stahl-Industrie ausgeübten Kontrollen sollen ebenfalls hinfällig werden. Nicht betroffen von der Aufhebung werden lediglich die Machtbefugnisse, die notwendig sind, um die Zentralisierung dieser Industrien zu einem Abschluß zu bringen.“ Ziel dieses Beschlusses ist es, die Ratifizierung durch die Parlamente der Vertragsländer zu beschleunigen.

Neue Verhandlungen über den Schumanplan zwischen den Unterzeichnerstaaten seien auch nach dem 18. Oktober nicht notwendig, erklärte ein Regierungssprecher in Bonn. Er nahm damit zu Pressemitteilungen Stellung, wonach eine neue Konferenz der Schumanplan-Staaten einberufen werden müsse, falls bis zum 18. Oktober keines der Unterzeichnerländer den Vertrag ratifiziert habe.

Besatzungsstatut wurde geändert

Wie die Hochkommission in Bonn mitteilte, sind ihre im Besatzungsstatut niedergelegten Befugnisse, die Wahrung des Grundgesetzes und der Verfassungen der Länder sicherzustellen, außer Kraft gesetzt worden. Mit der Errichtung eines Bundesverfassungsgerichtes werde diese Aufgabe der zuständigen deutschen Stelle übertragen. Ferner habe sich die alliierte Kontrolle über die Einhaltung des internationalen Gatt-Abkommens mit dem Beitritt der Bundesrepublik zu dem Abkommen erübrigt. Die entsprechenden Vorbehaltsrechte werden ebenfalls außer Kraft gesetzt.

DKV-Verhandlungen abgeschlossen

Die Verhandlungen des deutsch-alliierten Ausschusses über die Bildung einer Nachfolgeorganisation für den deutschen Kohlenverkauf (DKV) konnten in Essen zum Abschluß gebracht werden. Ein von allen Delegationsmitgliedern unterzeichneter Bericht über das Verhandlungsergebnis soll jetzt den

Hochkommission überreicht werden. Dem Vernehmen nach soll jedoch eine für die deutschen Belange tragbare Lösung gefunden worden sein.

Neue sowjetische Note an Frankreich

Moskau (UP). Die sowjetische Regierung überreichte Frankreich eine Note, in der die französische Regierung erneut beschuldigt wird, durch ihre Mitgliedschaft im Atlantik-Pakt und durch die Unterstützung der westdeutschen Remilitarisierung das französisch-sowjetische Abkommen von 1944 zu verletzen. Die Note, die von Außenminister Wjatschinski an den französischen Geschäftsträger in Moskau, Briovial, übergeben wurde, stellt die Antwort der sowjetischen Regierung auf die französische Note vom 26. September dar, die ihrerseits eine ähnliche sowjetische Beschwerde vom 11. September beantwortete. Die Sowjetunion habe in ihrer ersten Note die gleichen Beschuldigungen erhoben, die auch in der jetzigen enthalten sind.

Frau Rickets ist wieder da

Moskau (UP). Mrs. Irina Rickets, die russische Frau eines britischen Wirtschaftsangehörigen, ist nach 24stündiger Abwesenheit wieder aufgetaucht. Pressevertretern gegenüber erklärte sie, daß sie bei ihrer kranken Mutter bleiben und nicht in die Botschaft zurückkehren werde. Ihr Entschluß sei freiwillig erfolgt. Gegen ihre angebliche Verschleppung hatte tags zuvor der britische Geschäftsträger in Moskau protestiert und dabei behauptet, Frau Rickets sei auf der Straße durch zwei Männer von ihrem Begleiter abgedrängt und in einem Auto fortgeführt worden. Mrs. Ricket behauptete dagegen, daß die beiden Männer ihr Bruder und ein Freund gewesen seien.

Es war doch Mutterkorn

Nîmes, Frankreich (UP). Neue Untersuchungen der Wahnsinns-epidemie in der kleinen französischen Stadt Pont-Saint-Esprit haben ergeben, daß die ursprüngliche Diagnose über den Krankheitserreger nach wie vor stichhaltig ist. Wie von amtlicher Seite verläutet, ist die Epidemie auf ergothaltige Mehr zurückzuführen, das zu Brot verbacken, in der Stadt und Umgebung zum Verkauf kam. Die Krankheit hatte im August ihren Höhepunkt erreicht und ist inzwischen abgeklungen. Vor wenigen Tagen wurden jedoch neue Fälle von Wahnsinnserscheinungen gemeldet.

Umstrittene Gewerbefreiheit

Von Fritz Römer

Als Folge der jüngsten Beschlüsse der Außenminister-Konferenz von Washington soll neben einer Reihe anderer Aufgaben auch die Dekartellierung in den Zuständigkeitsbereich der Bundesregierung übergehen. Voraussetzung hierfür ist allerdings der Erlass entsprechender Gesetze und Verordnungen, in denen die Prinzipien der Besatzungspolitik auf diesem Gebiet verankert werden. Mit einer solchen Regelung ist nach Mitteilung des Bundeskanzleramtes in Kürze zu rechnen.

Nach Auffassung der Alliierten fallen unter den Begriff der Dekartellierung nicht nur wirtschaftliche Machtzusammenballungen, Preis- und Marktabsprachen. Vielmehr gehört zu einem freien Wettbewerb nach amerikanischen Grundsätzen auch das Prinzip, jedermann die Möglichkeit zu bieten, seine Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen in dem Wirtschaftszweig anzuwenden, für den sich der Betreffende am geeignetsten hält. Lediglich dem Konsumenten bleibt somit die Entscheidung über den Wert oder Unwert seiner Leistungen überlassen.

Mit der im Juni 1948 von den Amerikanern erlassenen Direktive proklamierten sie für ihre Zone die Gewerbefreiheit. Im Gegensatz hierzu hielten die anderen Besatzungsmächte am Zulassungszwang fest, wonach jeder Bewerber ein „wirtschaftliches Bedürfnis“ sowie seine persönliche Eignung nachweisen muß. Völlig überraschend kam dann im Sommer 1950 in einer gemeinsamen Note der drei Hochkommissare in den Bundeskanzler und die elf Länderchefs die Aufforderung, eine einheitliche deutsche Gesetzgebung in Anlehnung an den amerikanischen Standpunkt in der Frage der Gewerbefreiheit zu schaffen. Die deutschen Behörden sollten nur dann das Recht haben, einen Bewerber auf seine beruflichen und technischen Fähigkeiten zu prüfen, wenn es die öffentliche Sicherheit, Gesundheit und Wohlfahrt erfordere. Gleichzeitig sollte jedoch durch gesetzliche Vorkehrungen ein Mißbrauch dieses Prüfungszwanges ausgeschlossen werden, um den Bewerber nicht an der Ausübung des von ihm angestrebten Berufes oder Gewerbes aus Konkurrenzgründen zu hindern.

Trotz der eindeutigen Aufforderung der Hochkommissare wurde am 28. Oktober 1950 mit den Stimmen der Regierungsparteien und der SPD-Opposition in erster Lesung der „Entwurf einer Handwerksordnung“ für das Bundesgebiet verabschiedet, der in mehreren Punkten dem Standpunkt der Hochkommissare widersprach. Seitdem wurde dieser Entwurf im Parlament nicht wieder erörtert.

Die vorgesehene Handwerksordnung sieht — von wenigen Ausnahmen abgesehen — noch immer die Meisterprüfung und eine Reihe anderer Fachprüfungen unter der Aufsicht der Handwerkskammern vor. Der Haupteinwand der Alliierten gegen diesen Entwurf richtet sich dagegen, daß der Bewerber vor einer Prüfungskommission erscheinen soll, deren Mitglieder sich zu zwei Dritteln aus bereits berufstätigen Handwerkern zusammensetzen. Mit anderen Worten sind die Alliierten also der Ansicht, daß ein Bewerber nicht von seinen zukünftigen Konkurrenten geprüft werden dürfe. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Feststellung des Vorsitzenden des „Bundesverbandes zur Förderung der Gewerbefreiheit“, Willi Glöckner, wonach der Verband nicht die Abschaffung der Meister- und Fachprüfungen anstrebe, sondern sich lediglich gegen jede Koppelung von Prüfung und Gewerbelizenz wende.

Von seiten der Handwerkskammern wird die Auffassung und Auslegung des Begriffes der Gewerbefreiheit durch die Alliierten ganz entschieden abgelehnt. Die Vertreter dieser Organisationen weisen darauf hin, daß sich die deutsche Wirtschaft nicht die Verluste an Kapital und Rohstoffen, und der Konsument nicht die von Pfluchern und Neulingen verursachten individuellen Schäden leisten könne.

Die amerikanischen Behörden stehen allerdings noch heute auf dem Standpunkt, daß die Aufhebung des Zulassungszwanges nicht nur geschäftsbelebend gewirkt habe, sondern angesichts der Millionen von Flüchtlingen geradezu eine wirtschaftliche Notwendigkeit gewesen sei. Als Beweis dieser Auffassung werden von dieser Seite deutsche Statistiken angeführt. Danach wurden von Kriegsende bis zum Erlass der amerikanischen Direktive im Juni 1948 in der US-Zone 35% aller Zulassungsanträge abschlägig beschieden. In Bayern seien sogar 70% aller Anträge auf Errichtung neuer Handwerksbetriebe mit der Begründung abgelehnt worden, daß kein „volkswirtschaftliches Bedürfnis“ bestehe. Eine von den Amerikanern 1950 vorgenommene Untersuchung ergab, daß im Jahre 1949, dem ersten vollen Kalenderjahr der Gewerbefrei-

heit, in der US-Zone über 150.000 neue Geschäfte mehr errichtet worden waren als im Jahre 1948. Der Hinweis deutscher Stellen, daß ein großer Teil dieser Betriebe wieder in Konkurs ging, wird von den Alliierten als „natürliche Auslese“ betrachtet.

Das Zulassungssystem der Zünfte und Innungen wurde in der deutschen Geschichte erstmals gegen Ende des 17. Jahrhunderts durch den Landgrafen Friedrich von Hessen durchbrochen, der den aus Frankreich geflüchteten Hugenotten durch ein Dekret die Möglichkeit zur Errichtung von Handel und Gewerbe ohne Innungszwang einräumte. Den Innungen und Zünften wurden 1810 durch Freiherrn von Stein die Mehrzahl ihrer Vorrechte gesetzlich entzogen. Kaiser Wilhelm I. proklamierte dann im Jahre 1869 den Grundsatz der Gewerbefreiheit. Die Hitler-Regierung verwarf 1935 endgültig diesen Grundsatz und stiftete die Innungen aufs neue mit ihren alten Machtbefugnissen aus. Die Gründer der neuen deutschen Bundesrepublik schufen im Grundgesetz den Artikel XII, der die Freiheit der Berufswahl ausdrücklich wiederherstellt.

VOM TAGE

Bundespräsident Heuss kehrte von seinem Nachurlaub in der Schweiz nach Bonn zurück.

Die Europa-Flagge soll aufgrund eines Gemeinderats-Beschlusses in Zukunft in Oldenburg bei jeder Gelegenheit gehißt werden, bei der auch die Bundesflagge gezeigt wird.

Dr. Wilhelm Abegg, vor 1933 Staatssekretär im preußischen Innenministerium, starb in Baden-Baden im Alter von 73 Jahren.

Der deutsche Schauspieler Fritz Kortner ist nach Schweden eingeladen worden, wo er mit einem deutschen Ensemble Strindbergs „Vater“ aufzuführen wird.

Zu Ehren von Nikolaus August Otto fand am 25. Jahrestag der Erfindung der Verbrennungsmotors in Kiel ein Festakt statt, bei dem Bundespräsident Heuss die Gedenkrede hielt.

Der Herzog von Windsor, der ein in Wuppertal stationiertes britisches Regiment besichtigte, hat die Rückreise nach Frankreich angetreten.

Ein Jahrestreffen der „Wüstenratten“, der britischen Kriegsteilnehmer des Afrika-Feldzuges, fand in Anwesenheit von Feldmarschall Montgomery, General Eisenhower und Winston Churchill in London statt.

Ein viermotoriges Transportflugzeug der US-Marine stürzte mit 18 Personen an Bord 1300 Kilometer westlich von Hawaii über der Insel Johnston ab und verbrannte.

Das Verbot einer Seelenmesse für Marschall Petain fordern zwei Vereinigungen ehemaliger franz. Widerstandskämpfer.

Der irische Ministerpräsident de Valera und sein Außenminister Frank Aiken haben ihren Besuch in der Schweiz beendet und die Heimreise nach Dublin angetreten.

Paul Porter, amtierender US-Sonderbotschafter für den Marshall-Plan, ist nach Washington abgeflogen, um sich dort mit Beamten der ECA zu besprechen.

Ein Spionageprozeß gegen zehn Mitglieder einer „Untergrund-Spionagegruppe in Triest“ hat in Laibach begonnen.

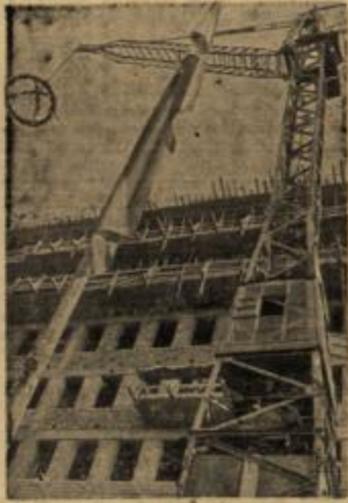
Zum Tode verurteilt wurden in Singapur sechs Moslems, die beschuldigt worden waren, einen englischen Offizier ermordet zu haben.

General Collins, der Stabschef der amerikanischen Armee, ist in der pakistanischen Hauptstadt Karachi eingetroffen.

Eine „Arbeitsgemeinschaft demokratischer Staatsbürger“ wurde in Hörter als erster überparteilicher Zusammenschluß in der Bundesrepublik zwischen SPD, CDU, dem Zentrum und dem DGB gegründet.

Eine Frauenkonferenz der SPD wurde in Anwesenheit von über 200 Delegierten aus der Bundesrepublik und Westberlin in Fulda eröffnet.

Eine evangelische Fernseh-Kommission wurde auf der westdeutschen Kirchenfunktagung gegründet, um auch das Fernsehen in den Dienst der kirchlichen Arbeit stellen zu können.



Richtfest beim Bundesfinanzministerium Für den achtgeschossigen Erweiterungsbau des Finanzministeriums in Bonn, der 1,5 Mill. DM kostet, wurde vor kurzem das Richtfest gefeiert.

Neue Angriffe Dr. Schumachers

Gegen Adenauer und die Alliierten - Einigung „auf dem Rücken Deutschlands“

Bonn (UP). Der Vorsitzende der SPD, Dr. Schumacher, forderte die Westalliierten vor der Presse in Bonn auf, das Potsdamer Abkommen zu kündigen. Solange dieses Abkommen bestehe, könnten sich die Alliierten mit den Russen zum Schaden Deutschlands auf dessen Rücken wieder einigen. Dem Bundeskanzler warf er vor, durch Vorleistungen die deutsche Position in den Verhandlungen mit den Alliierten geschwächt zu haben. Es sei ein großer Irrtum, als Ergebnis der Verhandlungen die deutsche Gleichberechtigung zu erwarten. Die Westmächte seien immer noch der Meinung, erhebliche Vorbehaltsrechte geltend machen zu können. „In Frankreich und Italien sind die Demokratien viel schwächer als in Deutschland“, sagte Schumacher. Die Einräumung von Rechten für ein Eingreifen der Alliierten sei unmöglich. Im übrigen basiere eine Intervention im Falle revolutionärer Umwandlung immer auf den gegebenen machtpolitischen Verhältnissen und nicht auf Rechtsprinzipien.

In der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands habe sich durch den Beschluß des Bundestags und der Bundesregierung vom 27. September eine Überlegenheit gegenüber dem Osten ergeben. Durch die nachträglichen Erklärungen des Bundeskanzlers seien diese Aktivbeschlüsse, welche die SPD im Bundestag durchgesetzt habe, weitgehend aufgelöst worden. Der Bundeskanzler habe versäumt, entsprechend dem Beschluß des Bundestages bei den Alliierten darauf zu drängen, daß dem deutschen Volk baldmöglichst Gelegenheit zur Wahl einer gesamtdeutschen Nationalversammlung gegeben werde. Die Rückgabe der deutschen Gebiete jenseits der Oder und Neiße könne von deutscher Seite erst mit Nachdruck und mit Aussicht auf Erfolg verlangt werden, wenn alle vier Besatzungszonen hinter dieser Forderung stehen.

Zur außenpolitischen Debatte im Bundestag erklärte der SPD-Vorsitzende, Dr. Adenauer habe seine Außenpolitik gar nicht vertreten können, weil sie genau so ein Fiasko sei wie seine Verhandlungen mit den Hochkommissaren. Er sei auf die Kritik dieser Außenpolitik durch die Sprecher der SPD gar nicht eingegangen. Es sei lediglich „der falsche Zusammenhang“ des SPD-Abgeordneten Lütken in

der Frage Souveränität oder Autonomie, von dem sich die SPD bereits distanziert hat, propagandistisch ausgenutzt worden.

In der Innenpolitik habe der Versuch der Regierungsparteien und der Bundesregierung, den Gewerkschaftsbund gegen die SPD auszuspielen, zu einem totalen Mißerfolg geführt. Das einzige Ergebnis sei, daß zum entscheidenden Nachteil der Regierungsparteien die Mittelstandsorganisationen als politischer Faktor auf den Plan getreten seien.

Amerikanisches Dementi

Amerikanische Sprecher dementierten in Washington und Bonn die Behauptung, daß der amerikanische Botschafter Kirk in Moskau mit dem sowjetischen Außenministerium Besprechungen über die Wiedervereinigung Deutschlands geführt habe. Das amerikanische Dementi bezieht sich auf eine Äußerung Schumachers auf seiner heutigen Pressekonferenz, in der es dem Sinn nach etwa hieß: Die SPD habe bei den Nachprüfungen über die Frage, ob der Osten sein Angebot auf Wiedervereinigung Deutschlands ernst meine, festgestellt, daß Vertreter der Westmächte mit sowjetischen Vertretern in Moskau über die Wiedervereinigung Deutschlands verhandeln.

Auch die SPD dementiert

Wie von maßgebender sozialdemokratischer Seite erklärt wird, soll Schumacher die Namen Wyschinski und Kirk nicht erwähnt, aber behauptet haben, daß Moskau mit amerikanischen Botschaften, vor allem mit der amerikanischen Botschaft, über deutsche Einzelstränge verhandelt. Diese Behauptung stütze sich nach Angaben Schumachers auf Äußerungen, die Wyschinski selbst gemacht habe.

Schumacher selbst verbreitete außerdem ein Dementi, in dem bestritten wird, daß er auf seiner Pressekonferenz vom gleichen Tage die Kündigung des Potsdamer Abkommens gefordert habe. Wahr sei vielmehr, daß er zur genaueren Untersuchung der Frage aufgefordert habe, ob ein geeintes Deutschland erfolgreich bestehen könne, wenn die Alliierten immer wieder die Möglichkeit hätten, das Potsdamer Abkommen nach ihrem Belieben immer wieder voll in Kraft zu setzen.

Scharfer Notenwechsel London-Kairo

Britische Truppen ziehen sich zurück - Einberufung ägyptischer Truppen

Kairo (UP). Großbritannien und Ägypten haben scharf formulierte Noten ausgetauscht. Großbritannien beschuldigt Ägypten, die Zwischenfälle in der Suezkanal-Zone verursacht zu haben. Die ägyptische Regierung macht dagegen Großbritannien für die Unruhen verantwortlich.

In der britischen Protestnote wird darauf hingewiesen, daß die ägyptische Regierung für den Schutz von Leben und Eigentum der britischen Staatsbürger in Ägypten verantwortlich sei. Britische Truppen hätten bei den Unruhen in der Kanalzone erst dann eingegriffen, als sich gezeigt habe, daß die ägyptischen Sicherheitsstreitkräfte zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung nicht in der Lage waren.

Inzwischen hat sich auf einem Flughafen bei Kairo ein neuer Zwischenfall ereignet, als ägyptische Nationalisten die Flagge der britischen Fluggesellschaft herunterholten. Die ägyptischen Streitkräfte, die von Kairo in Richtung auf den Suezkanal marschierten, ziehen sich nach der Hauptstadt zurück.

Die Geistlichen in den Moscheen Kairs forderten die Gläubigen auf, einig zu sein und sich durch die britische Drohungen nicht einschüchtern zu lassen. Sie sollten aber Ruhe bewahren und Zwischenfälle vermeiden, die ihrer Sache schaden könnten. Für die Ägypter, die bei den Unruhen in Port Said und Ismailia ums Leben kamen, wurden besondere Gebetsandachten veranstaltet. Die Zeitungen Kairs berichten, daß die Regierung in den nächsten Tagen damit beginnen werde, die Reservisten zu den Waffen zu rufen.

Ein britischer Sprecher teilte mit, daß die britischen Truppen sich von allen Stellungen in der Suezkanal-Zone zurückgezogen hätten, die sie seit Dienstag besetzt hielten. Eine Ausnahme bildeten nur die westlichen Zugänge zu den drei Brücken über den Suezkanal, die weiter von den Briten kontrolliert würden. Die britischen Streitkräfte stünden jedoch bereit, um die geräumten Positionen sofort wieder zu besetzen.

Das britische Oberkommando hat eine Verteidigungslinie um die Suezkanal-Zone festgelegt. Dem ägyptischen Oberkommando wurde empfohlen, die Truppen westlich dieser Linie zu halten, um unliebsame Zwischenfälle zu vermeiden. Das britische Oberkommando forderte ferner, daß die Ägypter den Bau von Stellungen auf der östlichen Seite des Kanals einstellen.

Im Sudan entwickelten die politischen Parteien und Regierungsbeamten hinter den Kulissen eine feierhafte Tätigkeit. Die ägyptenfreundliche Aschigga-Partei hat bereits mit Massenversammlungen gedroht, und ihr Führer, Ismail el Azhari Bey, forderte in Omdurman die Bevölkerung auf, für den harten Kampf zur Befreiung des Sudans von britischer Verwaltung bereit zu sein. „Das gesamte ägyptische Volk wird mit euch kämpfen“, versicherte der Parteiführer der Menge. Dagegen behauptete die Umma-Partei, die für die Unabhängigkeit des Landes eintritt, die Souveränität des Sudans sei bereits hergestellt. Der britische Generalgouverneur hat bekanntgegeben, die ägyptische Erhebung König Faruks auf den sudanesischen Thron sei ohne Bedeutung. Eine Einmischung von außen würde nicht geduldet werden.

Das sudanesisches Parlament wurde auf Ersuchen mehrerer Mitglieder des Hauses, die befürchten, daß die Entwicklung in der Hauptstadt den Wünschen des Landes zuwiderlaufen könnten, vorzeitig zum 25. Oktober einberufen. Ein Ausschuss arbeitete einen Verfassungsentwurf aus, von dem man annimmt, daß er die volle Selbstregierung des Sudans durch ein Ober- und Unterhaus und ein rein sudanesisches Kabinett und Wahlen im Frühjahr 1952 vorsieht.

In der syrischen Hafenstadt Damaskus fanden umfangreiche Demonstrationen statt, wobei die Teilnehmer ihre Sympathien für Ägypten bekundeten, da es die Verträge mit Großbritannien aufgehoben hat. Die Demonstranten trugen Banner mit der Aufschrift: „Nieder mit England“ und beschuldigten Großbritannien, daß es für die Unruhe im Mittleren Osten verantwortlich sei.

US-Veteranen lehnen Acheson ab

Atom-Manöver wegen eines „mechanischen Fehlers“ verschoben

Florida (UP). Der 33. Jahreskongreß des US-Kriegsteilnehmerverbandes „American Legion“ verabschiedete nach lebhafter Debatte eine Resolution, in der Präsident Truman aufgefordert wird, Außenminister Acheson und seine engsten Mitarbeiter „wegen Unfähigkeit, Entschlossenheit und Defaitismus“ zu entlassen. Dem Außenminister sei es nicht gelungen, den Vormarsch des Kommunismus aufzuhalten. Der gegenwärtigen amerikanischen Außenpolitik fehle eine „dynamische und mutige Führung“.

Vor dem Senat übte der Republikaner Hickenlooper scharfe Kritik an der Erklärung Achesons, daß die USA im anglo-ägyptischen Konflikt hinter Großbritannien stehen. Der Senator bezeichnete diese Entscheidung als weiteren Schritt zu einem Weltkonflikt und verglich sie mit „den Dummheiten von Jalta“ und den „Irrtümern von Korea“. Der Bewilligungsausschuß des Senats hat der Bereitstellung von vier Milliarden Dollar für den Bau von neuen Militär- und Luftstützpunkten in allen Teilen der Welt zugestimmt. Der Bewilligungsausschuß des Senats hat 440 Millionen Dollar weniger bewilligt als das Repräsentantenhaus.

Wegen eines „mechanischen Fehlers“ im elektrischen Leitungssystem mußte die Atomexplosion verschoben werden, die auf dem Versuchsgelände in Las Vegas stattfinden sollte. Schon am Donnerstag war davon die Rede gewesen, daß der Beginn der Versuche sich wegen Schwierigkeiten mit den technischen Einrichtungen verzögert habe. Die Atomenergie-Kommission hatte diese Berichte jedoch dementiert.

Der Vorsitzende des Gremiums der amerikanischen Generalstabchefs, General Bradley, erklärte in Washington, daß seine Verhandlungen in Griechenland und in der Türkei sehr zufriedenstellend verlaufen seien. Hohe griechische und türkische Offiziere würden bald nach den USA kommen, um sich mit den Plänen der NATO für das Oberkommando im Mittelmeergebiet und im Mittleren Osten bekanntzumachen. Dabei betonte Bradley, daß es noch nicht entschieden sei, ob das Mittelost-Kommando auch General Eisenhower unterstellt werde.

Der nächste Bundeskongreß des DGB wird vom 6. bis 12. Juli 1952 in Westberlin abgehalten werden.

Nun soll den Haag entscheiden

Über die Zuständigkeit der UN im Ölkonflikt - Sicherheitsrat verlegt sich

New York (UP). Der UN-Sicherheitsrat beschloß, den Internationalen Gerichtshof in den Haag um ein Gutachten zu der Frage zu bitten, ob die UN befugt sind, sich mit dem britisch-iranischen Ölkonflikt zu befassen. Der Rat verlegte die Iran-Debatte bis zum Vorliegen der Entscheidung des Haager Gerichts.

Der Sicherheitsrat folgte damit einem Antrag des französischen Delegierten Lacoste, der mit acht Stimmen gegen die Stimme der Sowjetunion angenommen wurde. Großbritannien und Jugoslawien enthielten sich der Stimme. Die iranische Delegation war auf der Sitzung nicht zugegen.

Der britische Delegierte Sir Gladwyn Jebb enthielt sich der Stimme, nachdem jede Aussicht auf Annahme der britischen Resolution geschwunden war, weil Jugoslawien dieser Resolution seine Unterstützung entzogen hatte. Nach der britischen Resolution sollte der Sicherheitsrat Iran und Großbritannien auffordern, die direkten Verhandlungen wieder aufzunehmen.

Ein Fortschritt in Pan Mun Jon

Einigung über neutrale Zone - UN-Verhandlungsdicht vor Kumsong

Tokio (UP). Die Verbindungsoffiziere der UN und der Kommunisten haben sich über die Abgrenzung der neuen neutralen Zone um den Ort der Waffenstillstandsverhandlungen geeinigt. Danach soll um Kaesong und Munsan, die beiden Orte, in denen die Waffenstillstands-Delegationen ihren Sitz aufschlagen haben, ein Umkreis von je fünf Kilometer für neutral erklärt werden. Noch unstritten ist die Frage des Luftraums über der neutralen Zone. General Ridgway, der UN-Oberbefehlshaber, forderte das Recht zur Überfliegung der neutralen Zone, während die Kommunisten verlangten, der Luftraum über der neutralen Zone müsse für jeden militärischen Flugverkehr gesperrt werden.

An der Front gehen inzwischen die harten Kämpfe um Kumsong weiter, dem sich die UN-Truppen bis auf drei Kilometer genähert haben. Die Stadt selbst liegt im Feuer der Artillerie der Alliierten. Auch im unmittelbaren Gebiet östlich und westlich Kumsong gehen die schweren Kämpfe weiter, während an den anderen Teilen der Front relative Ruhe herrscht.

„Hochzeit des Jahres“ in London

London (UP). Der Marquess of Blandford, der einmal als aussichtsreichster Bewerber um die Hand Prinzessin Margaret galt, heiratete in der Londoner St. Margarets-Kirche die Tochter eines vermögenden Verlegers, Susan Hornby. Prinzessin Margaret befand sich unter den 1200 Gästen, die dieser „Hochzeit des Jahres“ beiwohnten. Auch Königin Elizabeth, Königinnmutter Mary, Winston Churchill (ein Vetter des Bräutigams) sowie Prinzessin Mary, Countess of Harewood, die Schwester des Königs, und der Duke of Gloucester, der Bruder des Königs waren anwesend. Der Marquess of Blandford ist der älteste Sohn des Duke of Marlborough und der Erbe von Blenheim Castle einem der größten Paläste Englands. Er ist 25 Jahre alt und Offizier der Garde.

Mörder Linquats war kein Afghane

Nehru fordert Enklaven zurück

Neu Delhi (UP). Die afghanische Regierung ließ durch ihren Botschafter in Indien, Dr. Najibullah, die pakistanischen Berichte dementieren, in denen es hieß, der Mörder Ministerpräsident Liaquat Ali Khan sei afghanischer Staatsbürger gewesen. Nach einer offiziellen Erklärung der afghanischen Regierung sei der Mörder, der Bruder eines bekannten Stammeshäuptlings in Afghanistan, schon vor sieben Jahren wegen eines Aufstandes aus Afghanistan ausgewiesen worden. Seit dieser Zeit habe er in Indien nahe der afghanischen Grenze gelebt und von den Engländern eine Pension erhalten.

Der indische Ministerpräsident Nehru beendete die jährliche Konferenz der Indischen Kongreßpartei mit der Forderung, die französischen und portugiesischen Enklaven in Indien müßten ein Teil der indischen Union werden. Eine andere Lösung der Kolonialfrage in Indien sei gar nicht denkbar und auch gar nicht anzunehmen. Der zweitgrößte Kongreß billigte die Außenpolitik Nehrus und bestätigte ihn erneut als unangefochtener Parteiführer.



Generalgouverneur Kwaja Nazimuddin hat das Amt des ermordeten pakistanischen Ministerpräsidenten Liaquat Ali Khan übernommen.

Umschau in Karlsruhe

Bundesparteitag der CDU

Karlsruhe. Aus Anlaß des Bundesparteitages der CDU, über den wir auf der ersten Seite unserer heutigen Ausgabe ausführlich berichtet, werden Erzbischof Dr. Rauch in der St. Stephanskirche und Landesbischof D. Bender in der Christuskirche am Sonntag um 8 Uhr Gottesdienste abhalten. In der Plenarsitzung um 9.30 Uhr sprechen Dr. Tillmanns (Berlin) und Prof. Dempf (München) über „Standort und Aufgabe der CDU“. In der Schlußkundgebung um 17.30 Uhr kommen die Staatspräsidenten Prof. Wohleb und Dr. Müller zu Wort, anschließend Frau Dr. Brökelschen und Bundesminister Jakob Kaiser. Zum Abschluß des Parteitags spricht nochmals Bundeskanzler Dr. Adenauer.

Karlsruhe. Die am 1. September eröffnete Fernverkehrslinie Wertheim-Karlsruhe hat sich gut bewährt. Im Verein mit der Bundesbahn hofft man, die Gegenlinie als bald einsetzen zu können. (ZSH)

Karlsruhe. Auf der Straße Maxau-Kneilingen erliefte ein Lastwagen einen vorchriftsmäßig rechts fahrenden Radfahrer, schleuderte ihn zu Boden und tötete ihn auf der Stelle. (SWK)

Aus der badischen Heimat

Mannheim. Im Verlaufe eines Streites schüttete eine Mieterin ihrem Vermieter Salzsäure ins Gesicht. Das eine Auge des Mannes ist verloren, während das andere äußerst gefährdet erscheint. (SWK)

Heidelberg. In Lauda hatte ein Lette gleich vier Einbrüche in Industrie-Büros verübt und Geldbeträge entwendet. Er konnte festgenommen werden. (swk)

Tauberbischofsheim. Die Weinernie in dem bekannten Weinort Beckstein war sehr gut. Keiner der abgelieferten Weine lag unter 87 Grad Ochsle. (swk)

5000 Liter Dieselloil auf der Straße

Porzheim (Wb). Als der Fahrer des Tankwagens einer Pforzheimer Kraftstofffirma dieser Tage zu scharf in eine Nebenstraße einbog, kippte der Wagen um. 5000 Liter Dieselloil ergossen sich auf die Straße. Die Polizei sperrte sofort das Straßenstück ab, bis durch Streuen von Splitt die Rutsch- und Schleudergefahr beseitigt war.

Murg-Korrektur beginnt

Geröll wird zu schätzenden Uferdämmen

Rastatt (Wb). Das letzte große Hochwasser der Murg im Jahre 1946 führte zwischen Gaggenau und Gernsbach zu großen Überschwemmungen, da das Murgbett auf dieser Strecke mit Geröllmassen vollgeladen ist. Um die Hochwassergefahr endgültig zu beseitigen, bewilligte der Landtag in Freiburg zu Beginn dieses Jahres 350 000 DM als erste Rate für die schon lange geplante Murg-Korrektur nördlich Gaggenau. Mit den Arbeiten ist nun in diesen Tagen begonnen worden. Riasse Bagger sind an mehreren Stellen am Werk, um die Geröllmassen aus dem Murgbett herauszuholen. Mit Feldbahnen erfolgt der Abtransport zum Ufer, wo mit dem ausgebagerten Material massive Dämme errichtet werden. Weite Uferflächen der Murg können nach Fertigstellung der Baggerarbeiten wieder der landwirtschaftlichen Nutzung zugeführt werden.

Baden-Baden. Der Fremdenverkehr in Baden-Baden hat in diesem Jahr eine erhebliche Steigerung erfahren. Unter den Kurgästen und Ferienreisenden befanden sich in den ersten acht Monaten aus 44 Nationen fast 55 000 Ausländer. (UP)

Offenburg. Für den Bau eines neuen Dienstgebäudes für das Wasser- und Schiff-fahrtsamt sind im Haushaltsplan des Bundesverkehrsministeriums 230 000 DM vorgesehen. (Lds)

Über 1200 Kriegsgefangene

Freiburg (Lds). In den westlichen Ländern befinden sich noch über 1200 deutsche Kriegsgefangene, erklärte der Vorsitzende des Verbandes der Heimkehrer in Baden, Dr. Murmann, dieser Tage anlässlich der Begrüßung des jüngsten badischen Heimkehrers. Dieser war über sechs Jahre in französischer Gefangenschaft in Bordeaux festgehalten worden und wurde erst nach langwierigen Verhandlungen freigelassen.

Schwarzwalddomus fährt durch Westdeutschland

St. Blasien (Wb/Lds). Das „Schwarzwalddomus auf Rädern“, ein motorisierter Verkaufswagen, der einem Schwarzwalddomus nachgebildet ist, trat dieser Tage mit seinem Eigentümer, dem Vorsitzenden des Verkehrsvereins Häusern, Karl Fittkau, eine Werbefahrt durch Westdeutschland an. In Bonn beabsichtigt Fittkau, dem Bundesverkehrsminister durch seine kleine Tochter in Schwarzwalddomus zwei steinerne Krüge mit echtem Schwarzwalder „Christwasser“ überreichen zu lassen.

16köpfige Familie baut ein Haus

Säckingen (UP). Eine 16köpfige Familie aus der Ortschaft Segeten im Kreis Säckingen baute sich innerhalb weniger Wochen in Selbsthilfe ein neues Wohnhaus. Gleichzeitig wurde das alte, zu klein gewordene Haus von ihnen abgerissen. Nur für vereinzelte Handwerksarbeiten wurden Aufträge vergeben.

Schweizer von deutschem Gericht verurteilt

Säckingen (Lds). Wegen fortgesetzten Diebstahls und Betrugs verurteilte das Amtsgericht den aus dem Kanton Aargau stammenden Schweizer R. Weichert zu 10 Monaten Gefängnis. Der Richter stellte den zuständigen deutschen Behörden anheim, den Angeklagten als unerwünschten Ausländer auszuweisen. Der Schweizer, der zunächst in einem landwirtschaftlichen Betrieb der badischen Grenzzone arbeitete, hatte sich später „selbständig“ gemacht und im August rund 15 Festmeter Faser- und Brennholz aus dem Stadtwald Säckingen und städtischen Forstgrundstücken gestohlen. Das Holz ließ er

in einem Transportunternehmen axtanzen und verkaufte es unter der Hand an Kleinverbraucher.

Im Rohrkeiler tot aufgefunden

Die Staatsanwaltschaft im Schluchseewerk Waldshut (Wb/Lds). Am Freitagnachmittag konnte die Leiche des seit dem Rohrbruch im Schluchseekraftwerk Waldshut am Dienstagabend vermissten Arbeiters geborgen werden. Es handelt sich um einen Maurer, der zusammen mit dem bereits am Donnerstag tot aufgefundenen Hilfsarbeiter im Rohrverteilerkeller mit Montearbeiten beschäftigt war. Die beiden Arbeiter waren von den in den Keller flutenden Wassermassen überrascht worden.

Sofort nach der Bergung der Leiche des letzten vermissten Arbeiters trafen Vertreter der Staatsanwaltschaft an der Unfallstelle ein, wo die Pumparbeiten zur Trockenlegung der tiefer gelegenen Teile des Krafthauses noch immer im Gange sind.

Stockach. Der Besuch der Stockacher Herbstmesse war bereits am ersten Tag so stark, daß die dem jeweils 1000 Besucher der Messe versprochene Mastente bereits sechsmal ausgegeben werden konnte. (Lds)

Überlingen. Mit der Lese in den Müller-Thurgau-Reben bei Überlingen ist jetzt begonnen worden. Der Ertrag ist quantitativ und qualitativ zufriedenstellend. In verschiedenen Gewannen wurden 65 bis 82 Grad Ochsle gemessen. (Lds)

Donaueschingen. Im Donauried sank vor einigen Tagen das Thermometer auf minus 10,5 Grad in der Nacht. Selbst in Donaueschingen wurden fünf Grad Kälte gemessen. (SWK)

Kehler Hafenvertrag unterzeichnet

Eine deutsch-französische Verwaltung soll eingesetzt werden
Von Waldemar Schweitzer

Kehl (Lds). Mit über zweimonatiger Verspätung ist in Straßburg der Vertrag über eine deutsch-französische Verwaltung des badischen Rheinhafens von Kehl von der badischen Landesregierung und Vertretern der Port autonome von Straßburg unterzeichnet worden. Damit sind, nachdem das Einverständnis der Bundesregierung vorliegt, die letzten Meinungsverschiedenheiten in dieser Frage erledigt; gleichzeitig ist nach den Worten eines deutschen Beteiligten die Grundlage gegeben, in einem Spezialfall eine deutsch-französische Zusammenarbeit zu erproben.

Der Hafenvertrag, der bereits im Juni dieses Jahres in Freiburg paraphiert worden war, sieht vor, daß das Land Baden die Verwaltung des Kehler Hafens einer Körperschaft des deutschen öffentlichen Rechts mit dem Sitz in Kehl überträgt und ihr die Gesamtheit der dem badischen Staat gebührenden Grundstücke, Gebäude und Einrichtungen sind die Hafendirektion und der Verwaltungsrat, wobei die Direktion einem deutschen Direktor und einem stellvertretenden französischen Direktor untersteht, während der Verwaltungsrat aus fünf badischen und fünf französischen Mitgliedern zusammengesetzt ist. An seiner Spitze steht ein Präsident aus den französischen Mitgliedern und ein Vizepräsident aus den deutschen Mitgliedern.

Umstrittene Bestimmungen

Bei allen den deutschen Binnenverkehr betreffenden Fragen dominiert nach dem Ver-

Aus den Nachbarländern

Erdbeben unter der Hohenzollernalb

Stuttgart (Wb/Lds). An den württembergischen Erdbebenwarten in Stuttgart, Meßstetten und Ravensburg ist am Donnerstagnachmittag um 20.57 Uhr ein mittelstarkes Erdbeben aufgezeichnet worden, dessen Herd unter der Hohenzollernalb liegt. Um 20.59 Uhr des gleichen Abends und Freitag früh 7.52 Uhr folgten noch zwei leichte Nachbeben vom gleichen Herd. In Reutlingen war das Beben mit einem dumpfen unterirdischen Grollen verbunden. In Tübingen hatte der Erdstoß eine Stromunterbrechung von 20 Minuten zur Folge.

Soldatenfriedhof als Viehkoppel

Ulm (Wb). Im Neu-Ulmer Kreisstag wurde bekanntgegeben, daß ein in den letzten Kriegstagen in der Gemeinde Reutli bei Neu-Ulm angelegter Soldatenfriedhof mit den Gräbern von 702 Gefallenen im Frühjahr umgepflügt und mit Gras besät worden sei. Der Friedhof sei außerdem wiederholt als Viehkoppel benützt worden. Lediglich ein Birkenkreuz deutete noch an, wo sich der Friedhof befände. Der Neu-Ulmer Kreisstag forderte den Landrat auf, dafür zu sorgen, daß der Friedhof bis zum 1. November würdig hergerichtet wird.

Tödlicher Sturz vom Dach

Ludwigsburg (hpd). Ein 17jähriger Hilfsarbeiter, der mit seinem Vater und einem Strafgefangenen auf dem Dach des Krankenhospitals der Landesstrafanstalt beschäftigt war, stürzte in den sieben Meter tief gelegenen Hof. Er erlag den erlittenen

inneren Verletzungen auf dem Weg ins Krankenhaus.

Der führerlose Lastwagen

Plochingen (hpd). Ein Lastwagen, der auf einer abschüssigen Straße mit laufendem Motor abgestellt worden war, setzte sich plötzlich in Bewegung und prallte mit ziemlicher Wucht auf ein quer zur Fahrbahn stehendes Haus auf. Die Wand wurde eingedrückt. Der Sachschaden ist erheblich.

10 000 DM Schaden durch ein Bügeleisen

Schwäb. Gmünd (Wb). Zu 60 Mark Geldstrafe wurde jetzt eine Gmünder Hausfrau verurteilt, weil sie ihr Bügeleisen nicht ausgeschaltet und so einen Zimmerbrand mit nahezu 10 000 DM Schaden verursacht hatte.

Professor Dr. Karl Adam 75 Jahre alt

Tübingen. In Tübingen begeht der langjährige Ordinarius für Dogmatik in der kathol. Fakultät der Universität, Professor Dr. Karl Adam, in außerordentlicher körperlicher und geistiger Frische seinen 75. Geburtstag. Im Oktober 1919 übernahm er das Ordinariat für Dogmatik an der Universität Tübingen.

Wenn ein Feuerwehrmann heiratet

Landau (lrp). Auf einem Feuerwehrwagen wurde ein Landauer Feuerwehrmann nach seiner standesamtlichen Trauung mit seiner jungen Frau von Arbeitskollegen zum Hochzeitschmaus gefahren. Die Feuerwehrmänner, die Sinn für Humor hatten, konnten den eigentlichen Hochzeitswagen „verschwinden“ lassen und den Bräutigam auf die „hohe Leiter“ befördern, was er sich wohl oder übel gefallen lassen mußte.

Rückgabe von Steinstöcken gefordert

Berlin (UP). Der amerikanische Stadtkommandant von Berlin, Generalmajor Mathewson, hat von dem Leiter der sowjetischen Kontrollmission für Berlin, Dengin, die Rückgabe des Ortes Steinstöcken bei Babelsberg an die Westberliner Verwaltung gefordert. In einem Schreiben an Dengin bezeichnete Mathewson die Ausgliederung von Steinstöcken aus Zehlendorf als illegal, da die Alliierten im Jahre 1944 in London ausdrücklich festgelegt hätten, daß Steinstöcken ein Teil des US-Sektors nach der Besetzung Berlins werden solle. Steinstöcken wurde am Donnerstag überraschend von Volkspolizisten besetzt. Den rund 300 Einwohnern wurde gleichzeitig mitgeteilt, sie gehörten jetzt zu Potsdam und unterständen der Verwaltung der Ost-Behörden.

Fischer fingen einen Elefanten

Schwere Unwetter im Mittelmeer

Rom (UP). Die Insel Sizilien wurde von einem schweren Unwetter heimgesucht. Nach den bisher vorliegenden Berichten sind 27 Personen umgekommen, 15 Personen werden vermisst. Bei den Vermissten handelt es sich um Bewohner eines Hauses in Catania, das zusammenstürzte und dessen Trümmer zur Zeit noch von Bergungsmannschaften durchsucht werden. Die Schäden an Weinbergen und Gebäuden werden auf mehrere Millionen Lire geschätzt.

Überschwemmungen und Erdstöße haben auch auf dem italienischen Festland, vornehmlich in Kalabrien, Straßen und Eisenbahnlinien gesperrt. Durch den Sturm wurden Telefonleitungen unterbrochen und schwerer Schaden in Obstgärten und Olivenhainen angerichtet. In den Häfen wurden mehrere Fischereifahrzeuge von ihren Vertauungen losgerissen und am Kai zerschmettert.

Französische Fischer aus Perpignan fingen einen ausgewachsenen Elefanten. Wie das Tier in die Fluten gelangte, weiß niemand. Die einzige Erklärung ist, daß er vielleicht während des Sturmes von Bord eines vorbeifahrenden Dampfers gespült worden ist. Ein Passagierdampfer, der den Hafen von Algier mit Hilfe von Hochseeschleppern zu verlassen suchte, ist von dem aufgewühlten Meer gegen die Mole geworfen worden. Die Eisenbahnlinie Oran - Algier ist durch den Regen unterbrochen worden.

Weite Gebiete der Insel Malta stehen nach dem fast 4 Wochen andauernden Regen völlig unter Wasser. Straßen sind weggespült, Felder weggewaschen, Häuser überflutet und in den Straßen der Hauptstadt Valetta sind schon neun Menschen ertrunken. Die britische Mittelmeerflotte, die von den Manövern vor der Südküste Frankreichs zurückgekehrt ist, hat im Sturm erhebliche Schäden erlitten.

Italienischer General abgestürzt

Rom (UP). Der italienische General der Flieger, Giuseppe Gaeta, kam ums Leben, als sein Flugzeug in den Abruzzen abstürzte. Gaeta war Leiter der Flugzeugführerschulen der italienischen Luftstreitkräfte und früherer italienischer Luftflieger in Washington. In dem zweimotorigen Flugzeug, mit dem er sich auf dem Wege nach Rom befand, waren außer ihm noch drei Personen. Lediglich eine davon konnte sich durch Fallschirmsprung retten.

Scharfer Protest gegen SS-General

Ottawa (UP). Der ehemalige Kommandeur der SS-Division „Hitler-Jugend“, SS-General Kurt Meyer, ist aus dem Zuchthaus in Dorchester (Kanada) in ein britisches Militärgefängnis in Deutschland übergeführt worden. Das Oberkommando der kanadischen Armee betont, daß durch diese Verlegung keine Änderung in der Urteilsvollstreckung eintrete. Meyer verbüßt eine lebenslange Zuchthausstrafe. Er war ursprünglich von einem kanadischen Militärgericht wegen angeblicher Erschießung von 48 kanadischen Gefangenen zum Tode verurteilt worden; die Strafe wurde jedoch auf dem Gnadenwege in eine lebenslange Haftstrafe umgewandelt. Der Verband ehemaliger Kriegsteilnehmer Kanadas hat sich scharf gegen die Überführung Meyers gewandt und behauptet, die kanadische Regierung sei damit die Erschießung von Kriegsgefangenen nicht als schweres Kriegsverbrechen an.

Industrielle Produktion angestiegen

Teilweise Steigerung bis zu 25 Prozent

Stuttgart (Wb). Die industrielle Produktion in Württemberg-Baden hat im September wieder einen kräftigen Anstieg erfahren. Wie aus einem Bericht des württemberg-badischen Wirtschaftsministeriums hervorgeht, stieg die arbeitstäglich berechnete Indexziffer (ohne Bau) von 130,9 im August auf 142,5 im September (1936 = 100) an.

Die mengenmäßige Zunahme der württemberg-badischen Industrieerzeugung ist bei Feinmechanik und Optik, Ledererzeugung, Lederverarbeitung und Schuhen sowie bei Musikinstrumenten, Spiel- und Schmuckwaren mit einer durchschnittlichen Steigerung von 25 Prozent und mehr am stärksten ausgeprägt. Es handelt sich dabei zum Teil um eine jahreszeitlich bedingte Geschäftsbelebung, die auf Vorbereitungen für das Weihnachtsgeschäft zurückzuführen ist. Überdurchschnittlich war auch die Produktionssteigerung bei Textil und Bekleidung, Holzverarbeitung und Fahrzeugbau. Dagegen hat sich unter anderem beim Maschinenbau, bei „Stein und Erden“ und bei der Papiererzeugung eine steigende Tendenz nur schwach durchgesetzt. Die Aufwärtsentwicklung macht sich vor allem bei den Verbrauchsgüterindustrien bemerkbar, die von dem Absinken der Produktion in den letzten Monaten in erster Linie betroffen waren. Daß der Wiederanstieg der Wirtschaftstätigkeit in den Investitionsgüterindustrien zurückblieb, dürfte vor allem auf die mangelhafte Versorgung mit Kohle und Stahl zurückzuführen sein.

Nachlassen der Bautätigkeit

Die Bautätigkeit hat im September nachgelassen. Nach den vorläufigen Ermittlungen ist die Beschäftigtenzahl in den Baubetrieben mit 20 und mehr Arbeitskräften um rund 3,5 Prozent zurückgegangen.

Die Ausfuhr württemberg-badischer Erzeugnisse, die im August wertmäßig um etwa 10 Prozent zurückgegangen war, hat sich im September nach den vorläufigen Ergebnissen der gemeldeten Ausfuhrerklärungen annähernd im gleichen Ausmaß wieder erhöht. Auch das Kreditvolumen hat wieder zugenommen. Bei den 56 wöchentlich berichtenden Kreditinstituten in Württemberg-Baden sind die kurzfristigen Kredite an Wirtschaftsunternehmen und Private um weitere 25,2 Millionen Mark auf 1,109 Milliarden Mark angestiegen. Die Klagen der Wirtschaft über

schnepende zuzunehmende und manzue Anspannung haben jedoch noch nicht aufgehört. Die Spareinlagen haben sich weiter günstig entwickelt. Bei den 56 Kreditinstituten betrug der Zuwachs von Ende August bis 6. Oktober insgesamt 4,4 Millionen Mark.

Landtag behandelt steigende Holzpreise

Heute Sitzung des württ.-bad. Landtages

Stuttgart (Wb). Der württ.-badische Landtag wird sich in seiner nächsten Sitzung unter anderem mit großen Anfragen über die steigenden Holzpreise und die Hausbrandversorgung sowie mit der geplanten Erstellung von Großwohnsiedlungen für heimlose Ausländer befassen. Voraussichtlich wird der Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über die Sonntage, Festtage und Feiertage in dritter Lesung verabschiedet. Außerdem stehen auf der Tagesordnung Anträge, die die Erhöhung der Personentarife bei der Bundesbahn und die Einführung der Autobahnsteuer betreffen.

Entgiftung der Geschichtsbücher

Prof. Dr. Göhring sprach zu Historikern

Mainz (lrp). Die Voraussetzung für eine Revision des Geschichtsbildes seien bei einer neuen Begegnung deutscher und französischer Historiker und Schulmänner in Mainz geschaffen worden, erklärte der Leiter der Universalgeschichtlichen Abteilung des Instituts für europäische Geschichte Mainz, Professor Dr. Martin Göhring, in Mainz. Der bedeutendste Fortschritt bestehe wohl darin, daß in streng objektiver Weise das Kriegsschuldproblem des Versailler Vertragswerkes und die Rhein-Ruhrfrage entgiftet worden seien.

Als Beitrag zur deutsch-französischen Verständigung hätten bereits 1935 deutsche und französische Historiker ein Arbeitsprogramm entworfen. Im Mai dieses Jahres hätten sich in Paris Historiker und Schulmänner beider Länder zusammengefunden, um die unterbrochene Arbeit wieder in Gang zu bringen. Die Ergebnisse der Mainzer Tagung, die in diesen Tagen stattfand, ließen darauf schließen, daß die Geschichtsbücher für höhere Schulen in beiden Ländern in absehbarer Zeit eine engstirnige, nationale Darstellung mehr enthalten.

Zum Kampf der Autos mit dem Balle... Moto-Polo, das neueste Spiel in Amerika - Moderne Gladiatorenkämpfe

Es gibt in Amerika keine Grenzen dafür, was erfindische Geirne den Autos zumuten. Jahrelang versetzte Chitwood's Auto-Zirkus Millionen von Zuschauern in Entrücken, wenn seine Akrobaten mit gewöhnlichen Wagen durch die Luft schwebten oder auf einer abschüssigen Bahn mit einem Gefälle von 45 Grad herunterstauten.

Jetzt sind diese Autojongleure aber überflügelt. Die Gebrüder Goodman in Kalifornien haben eine viel bessere Methode erfunden und entwickelt, um Autos so grausam wie nur irgend möglich zu mißhandeln. Die Idee ist genial. Sie besteht einfach darin, daß man die Karosserie von seinem Wagen abbaut und einige solide Eisengerüste über dem Chassisrahmen anbringt, die den Fahrer schützen sollen, wenn der Wagen umkippt.

Die sterblichste unter den Spielern ist übrigens erstaunlich gering. Bisher hat dieser populäre Sport noch keine Todesopfer gefordert. Das Verdienst daran kommt sicher dem Schiedsrichter zu, der in eben einem solchen Auto wie die Spieler über den Platz braust.

Die Bahn ist etwas größer als ein Fußballplatz. Das Spiel (oder besser: der Kampf) dauert eine Stunde, und in dieser Zeitspanne wird der Ball völlig zugrunde gerichtet. Die Spielregeln sind die gleichen wie beim Fußball, es geht darum, möglichst viele Tore oelm Gegner zu erzielen und ihn daran zu hindern, den Ball ins eigene zu schießen.

Die merkwürdig aussehenden Wagen vollführen in der Hitze des Gefechts die komischsten Bewegungen. Wie spielende Hündchen schurren sie auf dem Platz herum - manchmal wird einer der Wagen auch auf den Ball aufgeworfen und fährt dann auf der anderen Seite wieder herunter.

Bei unserer letzten Vorstellung, erzählt Tunny Goodman, der die verrückte Idee des Moto-Polo-Spiels gehabt hatte, „fiel ein junges, bildhübsches Mädchen, das in der ersten Reihe der Zuschauer saß, in Ohnmacht. Das war bisher der größte Verlust, den wir zu verzeichnen hatten.“

SPORT-NACHRICHTEN DER EZ

Duelle der Spitzenreiter

VfB Stuttgart und „Cloh“ wollen Führung behalten

Nach der Spielpause, bedingt durch die zahlreichen Auswärtsspiele, geht es am Wochenende mit neuem Elan in die zweite Hälfte der Vorrunde in Süddeutschlands erster Liga. Die beiden Spitzenreiter VfB Stuttgart und 1. FC Nürnberg sollten dabei ihre führende Position behaupten können, da ihnen im VfB Mannheim und in Bayern München auf eigenem Gelände keine unbezwingbaren Gegner gegenüberstehen werden.

Es spielen: 1860 München - Stuttgarter Kickers, Waldhof Mannheim - SpVgg. Fürth, VfE Mühlburg - Kickers Offenbach (Sa), VfB Stuttgart - VfB Mannheim, Eintracht Frankfurt - VfL Neckarau, Viktoria Aschaffenburg - FSV Frankfurt, 1. FC Nürnberg - Bayern München, Schweinfurt 05 - Schwaben Augsburg.

Vor harten Kämpfen in der 2. Liga

Rauf und runter geht es in der 2. Liga in diesem Jahr. Der Kampf um die jeweilige Tabellenführung ist alles andere als einseitig. Dafür garantiert schon eine siebenköpfige Spitzengruppe. Außerdem wollen noch einige Vereine in diesem Jahr in den Endkampf eingreifen. Am Sonntag wird die Mehrzahl der Spitzenreiter auf Reisen gehen. Spitzenreiter Hessen Kassel gibt seine Karte bei den Freiburgern ab die den Hessen ein Bein stellen können.

Es spielen: VfB Aalen - SSV Reutlingen, FC Freiburg - Hessen Kassel, Singen 04 - FC Bamberg, SV Wiesbaden - Ulm 05, FC Augsburg - 1. FC Pforzheim, ASV Feudenheim - ASV Cham, Wacker München - Darmstadt 98, TSV Straubing - Bayern Hof, ASV Durlach - Jahn Regensburg.

Ein entscheidender Sonntag

Führungswechsel in Nordbadens Amateurliga?

Bis auf Phoenix Karlsruhe stieben am Sonntag alle Mannschaften der nordbadischen Fußball-Amateurliga im Punktekampf. Hierbei ist ein Wechsel in der Tabellenführung durchaus möglich, da der augenblickliche Spitzenreiter Schwetzingen in Rohrbach noch nicht gewonnen hat, dagegen Friedrichsdorf auf eigenem Platz gegen Hockenheim zu zwei Punkten kommen würde.

Entscheidung um die Tabellenführung

Nordbadens Handball-Verbandsliga-Programm wartet am dritten Oktoberwochenende mit dem Spitzenduell Leutershausen gegen VfB Mannheim auf. Die erst in dieser Saison aufgestellten Renspieler arbeiten sich in einem fassenden Siegeszug auf den zweiten Platz vor, dürften aber in Leutershausen einen Stop erfahren.

Es spielen: SG Leutershausen - VfB Mannheim, VfB Mühlburg - TSV Rinteln, SV Waldhof - TSV Rot, SpVgg. Ketsch - TSV Ostersheim, 62 Weinhelm - TSV Bretten, SG St. Leon - KSG Birkenau.

Wer übernimmt die Führung bei den Ringern?

Nach der ersten Runde im Kampf um die badische Ringermeisterschaft ist noch nicht zu übersehen, wer den Titel erringen wird, zumal die drei Begegnungen des letzten Sonntags einen unentschiedenen Verlauf genommen haben.

Die Paarungen: Gruppe I: Viernheim - Lampertheim, Ketsch - Feudenheim, Sandhofen gegen Heideberg - Gruppe II: Weingarten - Wiesental, Grötzingen - Kirtlach, Irudschal - Brötzingen.

Boxvergleichskampf Unterland - Oberland

Der Südbadische Amateurboxverband veranstaltet am kommenden Samstag in Rastatt einen Vergleichskampf zwischen einer Staffel des Unter- und Oberlandes. Für das Unterland kämpfen im Fliegengewicht Odenburger-Freiburg, im Bantam-Klasse-Rastatt, im Feder-Klasse-Rastatt, im Leichtgewicht Zimmermann-Baden, im Halbwelter Kalm-Freiburg, im Welter Denker-Freiburg, im Halbmittel Donak-Freiburg, im Mittel Zoller-Ifherheim, im Halbschwler Huber-Freiburg und im Schwergewicht Schwan-Rastatt.

Kurz - aber wichtig

Der führende heissische Schwimmverein, Frankfurter Schwimmclub, startet am Samstag beim 1. BSC Pforzheim und am Sonntag bei KSN 99 Neptun Karlsruhe.

Der Württ. Amateur-Boxsportverband wird mit einer kampfstarken Staffel am 2. Dezember nach Perugia in Italien reisen und dort gegen eine italienische Auswahl in den Ring klettern.

Das Segelfluggelände Klippeneck bei Spaichingen ist wieder in den Besitz des Württ. Luftfahrtverbandes übergegangen. Aus diesem Grunde findet am Sonntag dort eine Feierstunde statt, bei der der Flugbetrieb wieder aufgenommen wird.

Nachdem Anfang April in Mainz die deutschen Fechter ihre ersten Einzel-Nachkriegemeister krönten, werden nun vom 19. bis 23. Oktober in der Fechter-Hochburg Frankfurt-Main die Mannschaftsmeister der Männer und Frauen ermittelt.

Revolution der Tanzmusik Amerika macht Schluß mit dem Jazz

Die Welt dreht sich und wir mit ihr - der Jazz, die vor dreißig Jahren begonnene große Revolution der Tanzmusik, scheint zum Tode verurteilt. Was den europäischen Diktatoren nicht gelang, vollzieht sich jetzt als eine elementare Bewegung im Ursprungsland des Schlagzeugs und der gestopften Trompeten.

Die Leute, die auf musikalischem Gebiet das modische Gras wachsen hören wie Fath und Dior bei der Schneidererei, die Herren Musikverleger nämlich, haben sich bereits auf das Neue umgestellt. Sie sind überzeugt, daß der Jazz diesen Winter nicht überleben wird und daß die Zukunft den Square-bands gehört, wie die ausschließlich mit Violine, Cello, Baßgeige, Gitarre, Akkordeon und Glockengeläut ausgerüsteten Kapellen neuen Stils heißen. Ihr Tanz, der „Oompah-oompah“ oder „Square-dance“, ist - ein wenig primitiver und gröber, wie es dieser Zeit entspricht - nichts anderes als die Quadrille und das Menuett aus den seligen Zeiten unserer Urgroßeltern.

Dutzende von Schlagerkomponisten und Textdichtern der neuen Welt sind an der Arbeit, die Tänze der vor der Tür stehenden Saison zu entwerfen, und alle bekennen sich zu den neuen melodischen Rhythmen, deren Siegeszug eine echte Sensation bedeutet. Ganz wie vor hundert Jahren steht wieder der Tanzmeister auf dem Podium und kommandiert: „Herren-Kompliment - Damen-Kompliment!“, heute allerdings per Mikrofon und sich zwischendurch zum Refrainsänger wandelnd.

Die amerikanische Presse ist voll von romantischen stories über die „Entdeckung“ dieses Tanzes, der seine Jünger zu Begeisterungstürmen hinreißt wie die ersten Walzer seinerzeit die Wiener. Danach haben die Grundformen einst die französischen Einwanderer Kanadas aus ihrer Heimat mitgebracht und durch die Jahrhunderte als Tänze der Bauern und Holzfüßer in den abgelegenen Dörfern ihrer neuen Heimat erhalten. Von dort wanderte der Großmüttertan, ein wenig modernisiert, in die Städte, eroberte schließlich die Nachtlokale der Metropole und begann anschließend seinen nicht mehr aufzuhaltenden Siegeslauf durch das benachbarte Amerika.

Das Geheimnis dieses überraschenden Erfolges ist, daß sie selbst die Schwerblütigen mitreißen, jedermann den gewünschten Anschluß bringen und auch das letzte Mauerblümchen erblühen lassen. Jedenfalls wird berichtet, daß die Oompah-oompah-Lokale vom Jubel ihrer Gäste erzittern und der Freudenrausch kaum noch des Alkohols bedarf. Ein weiterer Grund der schnellen Beliebtheit sind die einfachen Grundschritte der neuen Quadrille, die allen das Mitmachen erlauben und die jeweiligen Temperamente nicht durch starre Formen bescheiden.

Schon sind die ersten Square-Bands in Londoner Dancings eingezogen. Es kann nur noch eine Frage der Zeit sein, daß auch wir wieder das Tanzbein schwingen wie zu Urgroßmutter's Zeiten... L.W.

Professor Bernhard Kellermann, Träger des Nationalpreises der Ostzone und Vizepräsident des kommunistischen „Kulturbundes zur Demokratischen Erneuerung Deutschlands“, ist in Klein-Glienice bei Potsdam im Alter von 72 Jahren gestorben.

DIE LETZTE LIEBE von Dr. Burghard ROMAN VON H. P. LARSEN

Copyright by Dr. Paul Herzog, Tübingen durch Verlag v. Giesberg & Görg, Wiesbaden (39. Fortsetzung)

„Ja, haben Sie denn nie etwas gesagt?“ „Ich habe ihn gewarnt, aber es half nichts. Sein eigenes Kapital und das kleine Vermögen seiner Frau verspekulierte er. Es blieb ihm nichts anderes übrig, aber er hatte kein Glück. Ich weiß nicht, ob er sich an Depots vergiffen hat. Ich vermute es nur. In den letzten Wochen hat er erneut 50.000 Mark aus der Bank gezogen und damit ist es aus. Die Bank ist fertig.“

„Siegel, was Sie da erzählen, ist beinahe ungläublich.“

„Ich muß es Ihnen erzählen, weil ich den Zusammenbruch nicht mitverantworten will. Ich habe schon viel zu lange zugehört...“

„Hören Sie mal...“ In Höpfners Kopf überstürzten sich jetzt die Gedanken: „Wissen Sie, wann Berger genau die 50.000 Mark entnommen hat?“

„Das weiß ich ganz genau“, sagt Siegel, „das war am Tage nach dem Mord an Dr. Burghard.“

„So, das wissen Sie genau. Haben Sie eine Vorstellung, wozu der Bankier das viele Geld gebraucht hat?“

„Ja“, antwortet Siegel achselzuckend, „das ist ein ganzer Roman. Da spielt die Liebe eine große Rolle mit. Der Bankier hat seine Frau einmal abgöttisch geliebt. Liebt sie vielleicht heute noch. Sie stammt aus der Großstadt, man redet da allerlei, sie soll einmal Bardame in Berlin gewesen sein, ich weiß nicht, ob das stimmt. Es ist auch gleichgültig. Jedenfalls stellt sie hohe Ansprüche. Kostbaren Schmuck, Kleider aus Paris. Er hat Tausende und aber Tausende für diese Frau verschwendet.“

„Und sie blieb ihm doch nicht treu?“

„Anscheinend nicht. Man hat ja gehört...“

„Ja, ja“, unterbricht Höpfner, „das weiß ich alles. Es wäre nicht der erste Mann, der sich an einer Frau ruiniert, die es nicht verdient. Aber wozu brauchte er denn plötzlich 50.000 Mark?“

„Die Frau ist abgerciert. Das wissen Sie? So, ich weiß es nicht, vielleicht hat sie sich endgültig von ihm getrennt. Dann hat sie wahrscheinlich ihr in die Ehe eingebrachtes Vermögen von ihm verlangt.“

„Was das so hoch?“

„Kaum. Ich glaube, es werden bloß zwanzig- oder funfundzwanzigttausend Mark gewesen sein.“

„Na und das übrige Geld?“ drängt Höpfner.

„Das weiß ich nicht.“

„Dann, Herr Siegel, überlegen Sie bitte mal ganz genau, wer am Tage nach dem Mord an Dr. Burghard bei Herrn Berger im Büro zu Besuch war?“

„Das waren eine ganze Menge Leute. Der Güterdirektor Fohle war da, der Vorsteher der Städtischen Sparkasse...“ Höpfner trampelt ungeduldig mit dem Fuß... „und dann auch dieser Dr. Alwa, der schon ein- oder zweimal da war und diesmal sehr lange beim Chef blieb.“

„Danke“, sagt Höpfner, „das genügt mir. Sie wissen gar nicht, Siegel, was Sie mir für einen Dienst erwiesen haben. Wir sprechen nochmal darüber. Gehen Sie jetzt in die Bank zurück und schweigen Sie, verstanden? Gut.“

Etwas verdutzt von dieser Elle geht der alte Buchhalter Siegel kopschüttelnd aus dem Amtszimmer.

„Soweit ist es also gekommen“, murmelt Höpfner, als er allein ist. „Der Mann hat dieser Frau wegen nicht nur sein Geld, seine Existenz, wahrscheinlich das Geld fremder Leute dazu, sondern auch noch Kopf und Kragen verspielt.“

Und er bleibt eine ganze Weile regungslos auf seinem Platz sitzen und grübelt. Es ist ja eigentlich grausam, denkt er, wie schnell plötzlich die Schleier zerreißen, die über einem Verbrechen liegen. Blitzschnell. Wenn nur ein Anfang gemacht ist, dann folgt Schlag auf Schlag. Obwohl ja noch vieles ungeklärt ist...

Er steht langsam auf, wie unter einer schweren Last. Berndt sitzt natürlich schon im D-Zug. Das ist auch gut so. Die Frau muß herbeigeschafft werden. Soll er nun Berger sofort verhaften, oder soll er warten, bis die Frau da ist? Wenn der Mann inzwischen stirbt, dann bleibt vieles dunkel. Mit einem schnellen Entschluß ruft er Dr. Olbrich an.

Eine Stunde später hat er Dr. Olbrich ins Vertrauen gezogen. „Gehen Sie jetzt bitte zu Berger“, sagt Höpfner, „sagen Sie, Sie hätten von mir gehört, daß er krank sei, Sie wollten sich nur um ihn kümmern, untersuchen Sie ihn, berichten Sie mir über seinen Gesundheitszustand - ich muß davon meine weiteren Entschlüsse abhängig machen...“

Wieder eine Stunde später weiß Kriminalrat Höpfner, daß der Bankier Arnold Berger sehr ernsthaft krank ist. Die Muskelschwäche des Herzens ist bedenklich, der Blutdruck hoch. Immerhin, eine unmittelbare Lebensgefahr besteht, namentlich wenn der Mann unter ärztlicher Kontrolle bleibt, nach Ansicht Dr. Olbrichs nicht. Es ist ein Glück, daß er kein Mißtrauen gegen den Arzt geschöpft hat.

So entschließt sich der Kriminalrat Höpfner zu warten. Zu warten, bis Berndt mit Frau Luzie Berger kommt. Es ist eine schwere Geduldsprobe, die er da auf sich nimmt. Und vor allem muß der Zusammenbruch der Bank noch um wenigstens 48 Stunden verschoben werden. Das muß Siegel bewerkstelligen. Der sträubt sich zunächst, sagt er könne es nicht verantworten, aber schließlich fügt er sich den Gründen des Kriminalrats.

Und damit kann wohl der Vorhang zur Schluszenne aufgehen.

Herr Berndt trifft plötzlich mit Luzie Berger ein. Die Festnahme hat keine Schwierigkeiten gemacht, die Frau war sehr vernünftig. Nur während der Rückreise hat es sie ein paarmal mit aller Gewalt überfallen, dieses ganze grausame Elend, das da entstanden ist und an dem sie selbst so viel Schuld trägt. Da hielt es für Berndt, die Nerven zu bewahren und zu beruhigen. Er wußte ja noch nichts von den neuen Geschehnissen, die inzwischen in

der kleinen Stadt eingetreten sind. Er glaubte er führe mit einer Mörderin.

Kriminalrat Höpfner ist von seiner Ankunft telegrafisch unterrichtet und wartet in seinem Büro.

Es ist elf Uhr abends, als Berndt mit Frau Berger vor den Kriminalrat tritt.

„Ich hoffe“, sagt Höpfner sofort, „daß Sie nicht zu müde sind, um mir einige Fragen zu beantworten. Je klarer Sie antworten, desto schneller geht es, und desto besser ist es für Sie. Versuchen Sie nichts zu leugnen. Es hat keinen Zweck. Erstens: Warum stahlen Sie das Gift aus dem Schrank in der Gosterbergischen Apotheke?“

Frau Berger, deren schönes, sonst so leidenschaftliches Gesicht blaß und müde aussieht, weiß sofort, daß aller Widerstand vergeblich ist.

„Ich wollte Selbstmord begehen, wenn Dr. Burghard mich im Stiche ließ.“

„Wo ist das Gift?“

„Als ich nach der Ankunft von Sabine Pertus meine Absicht ausführen wollte, nahm mir mein Mann das Gift weg.“

„Wie kam er denn dazu?“

„Er ahnte wohl, wie weit es mit mir war. Bis zum letzten Augenblick hat er es ja nicht glauben wollen, daß es mir ernst mit der Scheidung war. Manchmal schien es, als sei er damit einverstanden. Aber dann war wieder alles vorbei und er bestürmte mich, bei ihm zu bleiben.“

„Ich möchte wissen, wie Ihr Mann angeblich in den Besitz des Giftes kam...“

„Es war in meinem Zimmer. Es war wieder eine der aufgeregten Szenen. Ich war ganz fassungslos, weil ich Doktor Burghard und Sabine Pertus in der Droschke zusammen gesehen hatte. Ich glaube, ich war ganz zusammengebrochen und ich schrie, ich würde mich umbringen, damit endlich Ruhe sei. Darauf begann er das Zimmer zu durchsuchen, ob ich eine Waffe oder ein Messer hätte, er entriß mir meine Handtasche - und da fand er das Gift...“

(Schluß folgt)